

Rede zum Festakt des SoVD NRW am 1.9.2017 im Düsseldorfer Capitol

Meine Damen und Herren,

als das Deutsche Kaiserreich vor über 100 Jahren einen großen Teil der männlichen Bevölkerung in Uniformen steckte und an die Front schickte, da lag für diese Millionen von Menschen ein Versprechen im Raum, das vielen am Ende wie blanker Hohn in den Ohren klang und klingen musste: „Der Dank des Vaterlands ist Euch sicher“.

Vier Jahre später waren der Horror auf den Schlachtfeldern und das unerträgliche Gemetzel zwar endlich vorbei, aber das Leid und die Not bestanden weiter. Diejenigen, die die Katastrophe des ersten Weltkrieges überlebten, blieben oft mit schlimmsten Verletzungen an Körper, Geist und Seele zurück. Und waren nun, wo es darum ging, sich wieder eine zivile Existenz aufzubauen, auf sich alleine gestellt, denn der Dank des Vaterlandes war ihnen eben nicht gewiss gewesen. Im Gegenteil, sie mussten für sich und ihre Familien selbst eintreten und nun an gänzlich anderen Fronten kämpfen.

Einer, der das sehr früh erkannte und dann auch danach handelte, war der Journalist und Sozialdemokrat Erich Kuttner. Er gründete mit einigen wenigen Gleichgesinnten 1917 den Bund der Kriegsgeschädigten. 100 Jahre genau ist das jetzt her. Natürlich hat sich seitdem vieles geändert. Nicht zuletzt unser Name. Seit 1999 heißen wir Sozialverband Deutschland, kurz: SoVD. Ein Name, der besser in die heutige Zeit und unsere Bundesrepublik passt, aber ebenfalls mit dem

Anspruch verbunden ist, die Interessen der Menschen im GANZEN Gebiet der Bundesrepublik zu vertreten, heute würde man sagen: ein Bundesverband zu sein.“

Aber auch unsere Aufgaben haben sich verändert und vor allen Dingen erweitert. Eines aber ist doch gleich geblieben und daher ein Leitmotiv unserer Verbandsarbeit: Der konsequente Einsatz gegen Diskriminierung und unser unablässiges Engagement für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen. Für Chancengleichheit. Für ein soziales Miteinander und für sozialen Frieden. Dafür stehen wir seit nunmehr 100 Jahren und das wird auch so bleiben, darauf geben wir ihnen unser Wort.

Meine Damen und Herren, es lohnt sich, mit vereinten Kräften für seine Interessen zu streiten und zu kämpfen. Erich Kuttner und seine Mitstreiter sind der beste Beweis dafür. Auch 100 Jahre nach Gründung unseres Verbands heißt es: alle Kräfte bündeln und zusammen halten! Denn genau darum geht es uns: um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Für den Sozialstaat und gegen soziale Spaltung. Leichter geworden ist diese Aufgabe in den letzten Jahren nicht. Viele Menschen sind abgehängt, haben Existenzängste und fühlen sich von der Politik nicht ernst und wahr genommen.

Viele Müssen um jeden Euro kämpfen. Lassen sie mich in einer Festrede ruhig einmal Werbung machen, die wir alle ruhig weitersagen dürfen, nein weitersagen müssen:

2016 haben unsere hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen in den Geschäftsstellen in Nordrhein-Westfalen im mehr als 6.500 Verfahren insgesamt 5,554 Mio. Euro erstritten. Erstritten durch

Einsprüche und Widersprüche, erstritten vor Sozialgerichten, vor dem Landessozialgericht und Bundessozialgericht. Geld, das die betroffenen Mitglieder des SoVD sonst nicht bekommen hätten von der Rentenversicherung, von der Krankenversicherung, von Sozialamt, vom Job-Center. Das ist das Ergebnis, das uns immer wieder bestärkt in unserem Einsatz für die Menschen, die sich sonst nicht allein helfen können.

Eine beeindruckende, aber auch eine erschreckende Zahl. Denn dieses Geld haben die Kommunen, die Rentenversicherung, die Krankenversicherungen und andere Kostenträger ja eben nicht freiwillig gezahlt, sondern erst, als sich der SoVD eingeschaltet hat! Da scheint das Motto zu sein: Wir lehnen erst mal ab -mal gucken, ob sich Widerstand regt!

Das zahlt natürlich nicht gerade in die Glaubwürdigkeit unseres Gemeinwesens ein, meine Damen und Herren! Klar, für unsere Sozialberatung, für die Arbeit unserer ausgezeichneten Juristinnen und Juristen in unseren 25 Geschäftsstellen in NRW ist das eine Erfolgsbilanz, wenn so viel Geld erkämpft werden konnte. Aber schaut man auf den einzelnen Fall, die vielen Ratsuchenden, von denen manche auch schon am Rande der Verzweiflung standen, die auch lange nicht wussten, ob das Ganze überhaupt noch mal gut ausgeht, dann bleibt da nicht mehr viel Grund zur Freude. Da muss dieser stolze Betrag von 5,5 Millionen uns auch hellhörig machen und alarmieren.

Es sind ganz unterschiedliche Leute, von denen ich hier spreche. Manche haben eine Behinderung und kämpfen um die Finanzierung von Hilfsmittel. Andere sind pflegebedürftig oder pflegen Angehörige. Andere leben alleinerziehend am Existenzminium – und brauchen Unterstützung. Oder sind krank und kämpfen für eine Erwerbsminderungsrente (und zwar eine oberhalb der Grundsicherung). All diesen Menschen in der Sozialberatung mit rechtlichem Beistand zu helfen und Ihre Interessen sozialpolitisch zu vertreten, dafür sind wir da und darauf sind wir stolz!

Mit dieser Arbeit haben wir auch auf politischer Ebene viel erreicht und konnten die Sozialpolitik in Deutschland in den letzten hundert Jahren ein Stückweit mit prägen. Die Liste der Errungenschaften wäre lang. Und deshalb erspare ich sie Ihnen an dieser Stelle. Viel spannender ist es doch, darüber nachzudenken, was wir NICHT erreicht haben. Was gar nicht gut, sondern gehörig schief läuft! Und die Liste ist leider auch sehr lang. Seit Jahren erleben wir, dass hart erkämpfte sozialpolitische Errungenschaften immer weiter zurückgedrängt werden.

Sicher, meine Damen und Herren, die sozialen Sicherungssysteme sind weit überwiegend bundesrechtlich geregelt und ich möchte mich an dieser Stelle vor allem auf die Landespolitik konzentrieren. Aber der bundesweite Abbau des Sozialstaats hat eben Folgen, die auch und gerade in NRW sichtbar werden. Also vor Ort in den Städten und Wohnquartieren, den öffentlichen Einrichtungen, den Schulen, Bädern und Bibliotheken – sofern es diese überhaupt noch gibt. Und auch zuhause, im eigenen Portmonee werden sie

sichtbar – die Folgen dieser Entsolidarisierung. Angesichts dessen ist es notwendiger denn je, sich für einen sozialen Richtungswechsel der Bundespolitik einzusetzen. Wir vom SoVD bemühen uns, dies gerade auch mit Blick auf die Bundestagswahl am 24. September zu verdeutlichen.

Es ist dringend notwendig, groß zu denken statt nur Flickschusterei zu betreiben. Reformen auf den Weg zu bringen, die für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen und dies nicht nur suggerieren. Fair finanziert bedeutet für uns, dass sich auch diejenigen beteiligen, die reich geworden sind und immer reicher werden. Denn es ist ganz sicher nicht verwerflich, zu fordern, dass zumindest ein Bruchteil dieses Vermögenswachstums zum Wohl des Gemeinwesens eingesetzt werden muss!

Und, meine Damen und Herren, das hat auch nichts mit Sozialneid zu tun, sondern mit sozialer Verantwortung! Wir wollen ja gerade nicht, dass sich die Gesellschaft spaltet und auseinander fällt. Aber sozialen Zusammenhalt gibt es eben nicht zum Nulltarif. Das ist auch eine Investition in die Glaubwürdigkeit der Politik. Vielleicht auch in die Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen, wieder zu den Urnen zu gehen und sein Kreuzchen zu machen statt pauschal auf „DIE Politiker“ zu schimpfen. Mehr Verteilungsgerechtigkeit, das wäre auch eine Investition in den sozialen Frieden und den Glauben an unsere Demokratie und Rechtsordnung. Mehr Rendite, meine Damen und Herren, mehr Rendite geht nicht!

Wir müssen die soziale Schieflage also in Ordnung bringen. Und an Gerechtigkeitsdefiziten mangelt es nun wahrlich nicht. Beispiel Gesetzliche Krankenversicherung. Da sagen wir ganz klar: weg mit den Zusatzbeiträgen für die Arbeitnehmer und den Zuzahlungen für Kranke, zurück zur paritätischen Finanzierung. Beispiel Mindestlöhne: Es kann nicht sein, dass der gesetzliche Mindestlohn so niedrig ist, dass man damit auch nach 45 Jahren Vollzeitbeschäftigung keine Rente oberhalb der Grundsicherung erwirbt.

Und überhaupt, die Rente: Dass für eine anständige Alterssicherung mittlerweile drei Säulen nötig sein sollen, von denen zwei überwiegend selbst bezahlt werden müssen, hat doch letztlich keinen anderen Sinn, als die Arbeitgeber aus der paritätischen Finanzierung der Rente zu entlassen! Was wir uns in Sachen Rente da leisten bzw. ja vielmehr nicht leisten, ist im doppelten Wortsinn ein Armutszeugnis!

Wir sind fest davon überzeugt: Solidarität klappt dann am besten, wenn auch wirklich ALLE mitmachen

Meine Damen und Herren, wir dürfen auch diejenigen nicht vergessen, die die Zukunft dieses Landes darstellen: unsere Kinder! Kinderbetreuung, gute Schulen, offener Ganzttag, individuelle Förderung – das sind unsere Zukunftsaufgaben. Hier darf niemand den Anschluss verpassen. Darf kein Kind ausgegrenzt werden. Dürfen Talente nicht verkümmern, Perspektiven nicht zerstört werden. Was für eine Mammutaufgabe!

Leider, muss man sagen, gehört Deutschland bisher nicht zu den Ländern, die am meisten in Bildung investieren. Bei uns

entscheidet oftmals die Herkunft, das Elternhaus, darüber, ob jemand eine Chance kriegt, was zu werden oder nicht. Und deshalb brauchen wir mehr Geld, mehr Investitionen, mehr Förderung und zwar von Beginn an! Was bitte kann es Wichtigeres geben, meine Damen und Herren? Wir appellieren an die neue Landesregierung daher mit Nachdruck, sich dafür einzusetzen, dass Bund, Land und Kommunen ihre Verantwortung wahrnehmen

Und damit bin ich ja bereits bei unseren ganz konkreten Forderungen an die Landespolitik. Die Regierung ist eine neue, aber die sozialpolitischen Herausforderungen bleiben bestehen - und müssen angegangen werden. Die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen in NRW ist eines unserer drängendsten Probleme. Zu diesem Recht auf Teilhabe gehört es auch, dass behinderte Kinder nicht aussortiert und ausgesondert, sondern gemeinsam mit anderen nichtbehinderten Kindern unterrichtet werden.

Dafür setzt sich unter anderem ein Elternverein in Köln ein, der sich „mittendrin“ nennt. Und das ist genau das Versprechen, das eingelöst werden muss, auch von der neuen Landesregierung. Dass die Kinder, die eine wie auch immer geartete Einschränkung haben, mittendrin sein dürfen und nicht ausrangiert werden.

Dafür, wie die schulische Inklusion bisher in NRW umgesetzt wurde, gibt es glaube ich einen Fachbegriff. Er lautet: Murks. Ja, auch wir haben die bisherige Umsetzung der **schulischen Inklusion** kritisiert. Doch die Lösung dieser Probleme kann nicht sein, Inklusion quasi einzufrieren und alles beim alten zu

belassen. Vielmehr muss die soziale Aussonderung in unserem Schulsystem endlich überwunden werden! Dass Inklusion nicht gelingt, ist kein Naturgesetz!

Geld, Material, Personal –sind wichtige Stellschrauben für ein gelungenes Miteinander in den Schulklassen. Die notwendige individuelle Förderung aller Kinder KANN eben nur mit ausreichend sonderpädagogischem Personal gelingen. Und das MUSS eben auch möglichst bald gelingen, denn behinderte Kinder haben das RECHT, gemeinsam mit anderen nichtbehinderten Kindern unterrichtet zu werden. Und alle Kinder zusammen haben das Recht individuelle Förderung ihrer Fähigkeiten. Das garantiert ihnen die nicht nur die UN-Behindertenrechtskonvention schon seit 2009 !!!!!.

Dass viele Schulgebäude in NRW so viele Jahre nach Inkrafttreten der UN-BRK noch nicht einmal barrierefrei zu erreichen sind, sei hier nur am Rande erwähnt. Es gibt also keine Zeit zu verlieren. Bei der Inklusion in den Schulen jetzt auf die Pausentaste zu drücken, wäre daher nicht nur nicht im Sinne dieser Kinder, nein mit Blick auf die verbindlichen Vorgaben der UN-BRK, gerade im Bereich Schule, wäre es schlichtweg rechtswidrig. Und da machen wir, der SoVD NRW nicht mit!

Apropos Barrierefreiheit: Wir fragen wir uns schon: Wann kommt es denn endlich, das „barrierefreie NRW“?

Lippenbekenntnisse, ja, derer gab es zuhauf. Was fehlt sind systematische Programme des Landes und der Kommunen, die diese Barrieren erstens registrieren und zweitens beseitigen. Auch wurde die private Wirtschaft bisher nicht einbezogen.

Keine barrierefreie Arztpraxis in der Nähe? Dann muss ich wohl zu einem Arzt, der weiter weg ist, falls ich da im Rollstuhl überhaupt hin komme, denn der ÖPNV ist ja in NRW auch noch lange nicht flächendeckend barrierefrei. Sie sehen meine Damen und Herren, die Barrieren lauern überall und sie gehören ein für allemal weg!

Ich komme zu den Barrieren, die sich behinderten Menschen auf der Suche nach einem Job in den Weg stellen. Auch hier ist die Landespolitik am Zug. Insbesondere die privaten Arbeitgeber müssen an ihre Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen erinnert werden. Viele, viel zu viele Arbeitgeber zahlen lieber eine Ausgleichsabgabe statt einen Arbeitnehmer mit einer Behinderung zu beschäftigen. Ein oft genannter Grund dafür: Unser Firmengebäude taugt dafür nicht, ist nicht barrierefrei. Ja, mein Gott, dann macht es barrierefrei!

Nicht der behinderte Arbeitnehmer bzw. Bewerber muss sich ändern, sondern der Arbeitsplatz muss sich ändern und barrierefrei werden! Hier muss die Politik korrigierend im Sinne der Menschen eingreifen. Durch Anreize, durch verbindliche Regelungen und selbstverständlich auch Sanktionen bei Nichterfüllung.

Auch für pflegebedürftige Menschen in NRW müssen wir mehr tun. Wir reden alle von der älter werdenden Gesellschaft, aber bei der zukunftsfesten Bewältigung dieser Aufgabe sieht es bisher eher mau aus. Auch pflegebedürftige Menschen müssen selber entscheiden können, wo und mit wem sie leben wollen, ohne in Sonderwohnformen gezwungen zu werden.

Pflegende Angehörige müssen durch eine Stärkung professioneller Hilfen entlastet werden. Auch muss das Angebot an ambulant versorgten Wohngemeinschaften ausgebaut werden. Und wir brauchen landesweit klare Strukturen wirklich unabhängiger Pflegeberatung.

Zu einer guten Pflege-Infrastruktur gehört natürlich auch eine bedarfsgerechte haus- und fachärztliche Versorgung. Die gibt es vielerorts ja auch. Aber in ländlichen Regionen und in den weniger attraktiven Vierteln unserer Großstädte muss es sie eben auch geben, die Haus- und Fachärzte. Hier müssen daher geeignete Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden, um dies sicherzustellen. Es geht eben um eine gute Versorgung vor Ort. Und dazu gehört auch das schnell erreichbare Krankenhaus.

So lange das Land seiner Verpflichtung nicht nachkommt, für die Investitionskosten der Krankenhäuser gerade zu stehen, werden sich Krankenhäuser gezwungen sehen, am Pflegepersonal zu sparen, um Teile der Betriebskosten für Investitionen einzusetzen. Kommerz passt zum Gesundheitswesen wie die Faust auf's Auge. Entscheidend für das Gemeinwohl ist nicht die Rentabilität einer „Gesundheitswirtschaft“, wie das neudeutsch heißt, sondern ein verlässliches und hochwertiges Versorgungsnetz einschließlich guter und gut erreichbarer Krankenhäuser, auch in der Fläche.

Auch das Thema Wohnen möchte ich zumindest kurz ansprechen, meine Damen und Herren. Wenn wir das

Menschenrecht auf Wohnen auch für diejenigen gewährleisten wollen, die am Wohnungsmarkt eher benachteiligt werden - etwa Flüchtlinge, behinderte Menschen oder Sozialhilfe-Empfänger oder auch kinderreiche Familien, es gibt viele benachteiligte Gruppen -dann ist eine offensive soziale Wohnungspolitik notwendig. Wir brauchen eine Neubelebung öffentlicher und genossenschaftlicher Wohnungsbauträger mit langfristiger sozialer Orientierung.

Der soziale Wohnungsbau muss wieder einen größeren Stellenwert bekommen. Und das muss aus unserer Sicht auch einhergehen mit entsprechenden Regelungen in der Landesbauordnung und deren Ausbau. Wir haben nun mal einen Mangel an barrierefreiem und rollstuhlgerechtem Wohnraum. Das Problem müssen wir angehen. Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen wird steigen, die Prognosen sind doch bekannt. Und deswegen sagen wir: Ziel muss sein, dass sämtliche Neubauwohnungen barrierefrei errichtet werden.

Das waren viele Forderungen, meine Damen und Herren, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Politik. Sie sehen, es sind viele Aufgaben, die es da anzupacken gilt und wir hoffen, dass nachhaltige Lösungen gefunden werden, dass sich was bewegt, aber nicht nur hier und da mit ein paar kleinen Korrekturen, sondern dass endlich groß gedacht wird. Weg vom Schwarzen-Peter-Spiel der Zuständigkeiten, weg vom Kleinklein. Hand in Hand müssen wir arbeiten und dabei auch mal über den eigenen Tellerrand schauen. **Kriegen möglichst alle eine Chance in unserem Land, egal ob mit oder ohne Behinderung, mit oder ohne reiches Elternhaus, mit oder**

ohne Migrationshintergrund? Steht das Recht auf Teilhabe nur auf dem Papier oder wird es zum Grundpfeiler der Politik? Wird dieses Recht darauf, dazu zu gehören, gelebt, umgesetzt, gepflegt? Diese Fragen werden über unser soziales Miteinander und die Zukunft unseres Landes entscheiden. Die Landespolitik kann hier ganz viel richtig machen, indem sie die eigenen Felder beackert, aber mit Blick auf die Finanzen den Bund auch nicht aus der Verantwortung nimmt. Sondern Druck macht.

Wir jedenfalls werden weiter Druck machen und uns für diejenigen einsetzen, die unsere Unterstützung brauchen. In deren Interesse werden wir uns, und darauf können Sie sich verlassen sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet, sehr geehrter Herr Minister Laumann und liebe anwesende Vertreter der Landespolitik, weiterhin als Mahner engagiert in die nordrheinwestfälische Politik einmischen. Wenn es uns gelingt, dadurch auch weiterhin etwas im Sinne derer zu bewegen die unsere Unterstützung brauchen, dann können wir sagen, hat sich die Arbeit gelohnt. Dann hat nicht nur der SoVD gewonnen. Dann haben wir alle gewonnen. In diesem Sinne, herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Glück Auf !!